

„DIE EU IST DIE EINZIGE ANTWORT“

Interview mit Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Seit Wochen beherrschen Bilder von Flüchtlingsströmen, die sich in Richtung Europa aufmachen, unsere Nachrichten. Bei der Suche nach Lösungen zeigen sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union uneins. Welche Auswirkungen hat die Flüchtlingskrise auf den inneren Zusammenhalt in der EU?

Die Europäische Union steht bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise vor einer historischen Aufgabe. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges waren nicht mehr so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verderben. Durch die Konflikte in Europa und vor unserer Haustür sind wir besonders stark betroffen und gefordert. Die Dimension dieser Flüchtlingskrise übersteigt das Aufnahmevermögen jedes einzelnen Mitgliedstaates der EU. Wir werden sie daher nur bewältigen, wenn wir sie als eine europäische Aufgabe betrachten. Das bedeutet, dass wir gemeinsame und vor allem solidarische Lösungen für den Umgang mit Flüchtlingen finden müssen. Leider wird das nicht in allen EU-Mitgliedstaaten so gesehen, doch einen Rückzug einzelner Staaten aus der europäischen Solidarität darf es nicht geben. Das wäre angesichts der Krisen in unserer Nachbarschaft nicht nur moralisch fragwürdig, sondern es stünde auch nicht im Einklang mit den humanitären Werten, zu denen sich die Mitgliedstaaten im Vertrag von Lissabon bekannt haben. Die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft bringt nicht nur Vorteile, sondern auch Pflichten mit sich. Diese Tatsache müssen wir den Ländern in Erinnerung rufen, die in der Vergangenheit von ihrer Mitgliedschaft in der EU profitiert haben und sich heute weigern, andere zu unterstützen. Hierzu gehört in diesem konkreten Fall auch, dass jeder Mitgliedstaat im Rahmen seiner Möglichkeiten Flüchtlinge bei sich aufnimmt und dadurch einen Beitrag zu einer gerechten Verteilung der Lasten leistet.



Auf der Suche nach solidarischen Lösungen: Dr. Hans-Gert Pöttering im Gespräch über die Zukunft der EU. | Quelle: © Benjamin Gaul, KAS.

„Es fehlt an Europa, es fehlt an Union“ und „die Europäische Union ist in keinem guten Zustand“. Mit diesen Worten hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das unsolidarische Verhalten einiger EU-Mitglieder in der Flüchtlingskrise in seiner Rede zur Lage der EU am 9. September kritisiert. Sehen Sie die Europäische Union angesichts der aktuellen Situation am Scheideweg?

Nein! Die Situation ist zwar ernst, aber die Europäische Union hat bereits viele Krisen gemeistert, in denen eine Einigung zunächst nicht in Sicht war. Denken Sie zum Beispiel an die griechische Staatsschuldenkrise, die uns im Frühjahr und Sommer dieses Jahres beschäftigt und das solidarische Miteinander in der Eurozone auf die Probe gestellt hat. Auch hierfür wurde nach langen Verhandlungen mit der griechischen Regierung ein Kompromiss gefunden.

Wir dürfen allerdings nicht den Fehler machen, die unterschiedlichen Auffassungen der Mitgliedstaaten zum Umgang mit der Flüchtlingsfrage zu ignorieren. Bei der Suche nach einer solidarischen Lösung steht außer Frage, dass wir die Sorgen und Bedenken aller Mitgliedstaaten – sowohl die der Staaten an den EU-Außengrenzen als auch die der ostmitteleuropäischen Staaten im Hinblick auf eine EU-weite, quotierte Verteilung der Flüchtlinge – ernst nehmen müssen. Bei keinem EU-Mitglied darf der

Eindruck entstehen, mit seinen Anliegen nicht auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden. Insofern sind wir als Staatengemeinschaft zu einem permanenten und konstruktiven Dialog über unsere gemeinsamen Werte und Ziele angehalten.

Die Diskussion über den Umgang mit den Flüchtlingen, die in der Europäischen Union Zuflucht suchen, offenbart neben der Uneinigkeit der EU-Mitglieder auch Mängel im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem. Ist die Europäisierung der Asylpolitik über die letzten Jahrzehnte gescheitert?

Von „gescheitert“ würde ich nicht sprechen, da es eine Reihe von gültigen und für alle Mitglieder der EU verbindlichen Regeln für den Umgang mit Flüchtlingen gibt. Diese wurden bislang jedoch nur unzureichend umgesetzt. Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde die Asylpolitik innerhalb der Europäischen Union vergemeinschaftet. Das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Asylpolitik ist heute in Artikel 78 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verankert; der Grundsatz der Solidarität und der fairen Verteilung der Verantwortlichkeiten im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung in Artikel 80 AEUV. In einer Reihe von Vereinbarungen und Verträgen wie dem Dubliner Übereinkommen wurden zudem gemeinsame Regeln für den Umgang mit Asylsuchenden verabschiedet. Zuletzt wurden mit dem 2013 ratifizierten Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) einheitliche Schutzstandards für Flüchtlinge festgelegt.

Die Entwicklungen der letzten Monate haben jedoch auch gezeigt, dass die bestehenden Regelungen im Rahmen der gemeinsamen Asylpolitik für eine Situation, wie wir sie heute erleben, nicht ausreichen. Damit meine ich vor allem das Dubliner Übereinkommen. Die Praxis hat gezeigt, dass das darin festgelegte Verfahren, nach dem derjenige Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrages zuständig ist, in dem der Asylbewerber zuerst europäischen Boden betreten hat, nicht mehr im Einklang mit dem Grundsatz der Solidarität und der fairen Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten steht. Hinzu kommt, dass – obwohl Flüchtlingsstatus und Mindestleistungen für Flüchtlinge nach EU-Recht vereinheitlicht sind – die Umsetzung weiter nationalem Recht unterliegt. Die Konsequenz daraus ist, dass wir EU-weit sehr unterschiedliche Asylstandards und Anerkennungs- und Rückführungsquoten haben. An diesem Punkt sollte eine Reform der gemeinsamen europäischen Asylpolitik meiner Meinung nach ansetzen und auf eine Vereinheitlichung dieser Standards hinwirken.

Durch die temporäre Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen und der Nicht-Einhaltung der Dublin-Regelungen sehen einige Beobachter wichtige europäische Errungenschaften in Gefahr. Wie ist das zu bewerten? Hat die Europäische Union die Situation überhaupt noch im Griff?

Es stimmt, dass angesichts des sehr großen Zustroms an Flüchtlingen und Migranten und deren ungleicher Verteilung in einigen wenigen Ländern der EU kurzzeitig europäische Regelungen außer Kraft gesetzt wurden. Einige Staaten wie Griechenland, Italien und Ungarn haben es versäumt, Asylsuchende, die ihr Gebiet erreicht haben, ordnungsgemäß zu registrieren, und haben sie ungehindert nach West- und Nordeuropa weiterreisen lassen. Dies ist jedoch nicht einem fehlenden politischen Willen oder einer unzureichenden rechtlichen Grundlage geschuldet, sondern einer schlagartig veränderten Realität. Auch das Schengener Abkommen wurde durch die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze zeitweise aufgehoben. Und Deutschland hat aus humanitären Gründen vorübergehend nicht auf die Einhaltung der Dublin-Regelungen bestanden und Asylsuchende, die das Land bereits erreicht hatten, nicht in die Länder an den EU-Außergrenzen zurückgeschickt.

Dies mag bei dem einen oder anderen den Eindruck erweckt haben, die Lage sei außer Kontrolle geraten und jeder mache, was er wolle. Und wir müssen auch ehrlicherweise sagen, dass einige EU-Staaten mit der Situation, wie sie sich in den letzten Wochen dargestellt hat, überfordert waren. Es ist jedoch zu beachten, dass die genannten Regelungen nur zeitlich begrenzt und vor allem mit Blick auf die Situation der notleidenden Menschen außer Kraft gesetzt worden sind. Die Errungenschaften der Europäischen Union wie das Schengener Abkommen sehe ich durch diese Notfallmaßnahmen nicht in Gefahr. Die Frage, ob wir den Schengenraum aufrechterhalten können, ist dauerhaft vielmehr an die Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten zu einem permanenten Verteilungsmechanismus der Flüchtlinge sowie insbesondere an einen effektiveren Schutz der EU-Außergrenzen gekoppelt. Hier stehen wir vor wichtigen Aufgaben, denn bei der Verabschiedung des Schengener Abkommens vor 30 Jahren hatte man zwar berücksichtigt, dass – wenn im vereinten Europa die Binnengrenzen abgeschafft werden – es effizientere und bessere Kontrollen an den Schengen-Außergrenzen geben muss. Heute stellen wir jedoch fest, dass diese Vereinbarung mit den derzeit zur Verfügung stehenden Instrumenten nicht umsetzbar ist. Hinzu kommt,

dass beim Abschluss des Schengener Abkommens ein zentraler Punkt offen geblieben ist, nämlich die Frage, wie die Mitglieder des Schengenraums sich in Notsituationen wie der aktuellen Flüchtlingskrise verhalten. Hier gilt es nun, Versäumtes nachzuholen und verbindliche Regeln zu schaffen. Deswegen unterstütze ich den Vorschlag der EU-Kommission für einen permanenten europäischen Verteilungsmechanismus, der auf bestimmten Kriterien basiert. Nur durch einen effektiven gemeinsamen europäischen Grenzschutz an den Außengrenzen und verbindliche Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen können wir eine geordnete Zuwanderung ermöglichen und den Menschen helfen, die unsere Hilfe am nötigsten haben.

In vielen europäischen Staaten ist eine wachsende Unzufriedenheit der Bürger mit dem Krisenmanagement der EU zu beobachten. Wieviel Vorschub leistet die Debatte um die Flüchtlingskrise populistischen und europaskeptischen Parteien?

Leider können wir beobachten, dass populistische und europaskeptische Parteien versuchen, sowohl aus der Flüchtlingskrise und den damit verbundenen Besorgnissen der EU-Bürger als auch aus der Uneinigkeit der europäischen Mitgliedstaaten politisches Kapital zu schlagen. Umfragen belegen, dass populistische und europaskeptische Parteien in vielen Ländern Europas im Aufwind sind. Meistens setzen sie in ihrer Rhetorik auf die Ängste der Menschen vor steigenden Flüchtlingszahlen und Überfremdung und machen Stimmung gegen Menschen aus anderen Kulturkreisen.

Besonders in Ländern und Regionen, die keine historisch gewachsenen Erfahrungen mit Migration haben bzw. dort, wo negative Erfahrungen mit der Integration von Einwanderern oder Minderheiten gemacht wurden, sind nicht nur Sorgen und Ängste, sondern auch Aggressionen gegenüber Flüchtlingen zu beobachten. In einigen ostmitteleuropäischen Staaten äußert sich diese ablehnende Haltung in Form von Abwehrreflexen hinsichtlich einer europaweit geregelten Aufnahme von Flüchtlingen. Diese Reaktionen offenbaren neben der Angst vor dem Fremden auch die Sorge vor einem möglichen Identitätsverlust und die Unsicherheit über die eigene gesellschaftliche und materielle Zukunft. Wer derart verunsichert ist, ist zugänglicher für die Parolen von Populisten.

Auf der anderen Seite nutzen europaskeptische Parteien die bei einigen Bürgern schon während der Eurokrise gewachsenen Zweifel am europäischen Integrationsprojekt, die durch den Umgang

mit der Flüchtlingskrise nun noch verstärkt werden, um Stimmung gegen die Europäische Union zu machen und für nationale Lösungen zu werben.

Wie sollten demokratische Parteien damit umgehen?

Zum einen sollten demokratische Parteien nicht in Versuchung geraten, sich den Botschaften von Populisten rhetorisch anzunähern, sondern diese vielmehr mit sachlichen Argumenten widerlegen und Debatten nicht scheuen. Zum anderen sollten sie die Sorgen der Menschen ernst nehmen und sich aktiv mit ihnen auseinandersetzen. Hierzu gehört auch ein ehrlicher Dialog über unseren europäischen Anspruch, eine wertegebundene Gesellschaft zu sein und – mit Blick auf die Flüchtlingsfrage – eine Versachlichung der Debatte, die von populistischen Parteien – basierend auf den Ängsten der Bürger – bewusst emotional geführt wird. Letztlich geht es darum, verlorenes Vertrauen in die Stärke und Handlungsfähigkeit der EU zurückzugewinnen, die von populistischen Parteien in Frage gestellt wird. Die Politik ist daher gefordert, zügig umfassende und vor allem europäische Antworten auf die offenen Fragen der Flüchtlingskrise zu finden, zum Beispiel durch eine Reform der Asyl- und Einwanderungspolitik.

Wann immer die Europäische Union in Frage gestellt wird, gilt es, daran zu erinnern, dass die EU als Gemeinschaft des Rechts, der Freiheit und der Solidarität die einzige Antwort auf aktuelle und künftige Herausforderungen ist. Wie ich bereits sagte: Kein einzelner Staat wird die gegenwärtigen Herausforderungen alleine bewältigen können. Nur gemeinsam können wir unsere Werte und Interessen in einer globalisierten Welt verteidigen.

Am 13. November 2015 haben terroristische Anschläge in Paris über 120 Menschen das Leben gekostet. Während die Europäische Union damit befasst war, eine Lösung für den Umgang mit den Flüchtlingen zu finden, ist der Terror des Islamischen Staates endgültig im Herzen Europas angekommen. Welche sicherheitspolitischen Konsequenzen ergeben sich daraus für die Europäische Union?

Die Terroranschläge von Paris sind ein Angriff auf uns alle und unsere freiheitliche, demokratische Werteordnung. Es ist daher selbstverständlich, dass wir an der Seite Frankreichs stehen, um gemeinsam unser wertegebundenes Gesellschaftsmodell zu verteidigen. Die Aktivierung der seit Lissabon im EU-Vertrag

verankerten Beistandsklausel (Art. 42 Abs. 7 EUV) durch Frankreichs Staatspräsident François Hollande ist ein klarer Aufruf an die anderen EU-Mitgliedstaaten zu Solidarität im Kampf gegen den Terror, dem wir Folge leisten müssen. Alle Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet. Die Bekämpfung des Terrorismus und seiner Ursachen ist eine gemeinsame europäische und internationale Aufgabe.

Nicht erst seit der Flüchtlingskrise wissen wir, dass wir zur Stabilität außerhalb unserer Grenzen beitragen müssen, um die Stabilität innerhalb unserer Grenzen zu bewahren. Bereits seit längerem beschäftigen uns Instabilität und Krieg in unserer Nachbarschaft. Durch Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim wurden 2014 erstmals seit 1945 in Europa wieder gewaltsam Grenzen verschoben. Das ist ein Bruch mit allen Prinzipien der europäischen Friedensordnung. Solange der Kreml die Besetzung der Krim aufrechterhält und die Separatisten im Osten der Ukraine unterstützt, ist eine Rückkehr zu normalen Beziehungen ausgeschlossen. In unserer südlichen Nachbarschaft sind weite Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens von Gewalt und Aufruhr gekennzeichnet. Der Krieg in Syrien tobt mittlerweile seit fünf Jahren. Er hat mehr als 300.000 Menschenleben gekostet und zwölf Millionen Menschen heimatlos gemacht. Er droht nicht nur, die gesamte Region zu destabilisieren; seine Auswirkungen sind auch längst bei uns angekommen. Die Flüchtlingsbewegungen und islamistischer Terrorismus sind nur zwei der Auswirkungen des Syrien-Krieges, die uns auch in der Europäischen Union direkt betreffen und in deren Konsequenz sich einige EU-Mitgliedstaaten militärisch engagieren, um die Terroristen des Islamischen Staates zu bekämpfen.

Als Europäische Union, die wir als Friedensprojekt begreifen, stehen wir in der Verantwortung, einen Beitrag zur Befriedung dieses immer komplexer werdenden Konfliktes zu leisten. Politische Lösungen haben dabei oberste Priorität. Die Ergebnisse der Wiener Gespräche vom 30. Oktober und 14. November 2015 sind vor diesem Hintergrund ermutigend. Es ist nun zu hoffen, dass der vereinbarte Fahrplan zu einem politischen Übergangsprozess und einem Waffenstillstand schnell umgesetzt werden kann. Hierzu müssen jedoch alle beteiligten Akteure – Russland, die USA, der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei und natürlich die Europäer – beitragen und trotz unterschiedlichster Interessen einen Kompromiss finden. Gleichzeitig gilt es, eine wirksame Strategie für den Kampf gegen den Terror zu finden, der an mehreren Fronten gleichzeitig,

zum Beispiel auch in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in denen sich Terrorzellen etabliert haben, geführt werden muss.

Damit die Europäische Union als Staatengemeinschaft künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen effektiver begegnen kann, ist eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mittelfristig unerlässlich. Wir müssen Europa dauerhaft zu einem handlungsfähigen außenpolitischen Akteur und auch zu einem verlässlichen Bündnispartner machen. Eine neue Europäische Außen- und Sicherheitsstrategie, wie sie im Juni kommenden Jahres vorliegen soll, muss der veränderten Sicherheitssituation in Europas Nachbarschaft Rechnung tragen und regionale Prioritäten in den EU-Außenbeziehungen definieren.

Das Interview führte Martina Kaiser, Referentin Europapolitik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.